FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 1

Volksbefragung zum TTIP

Die AK Wien spricht sich für eine Volksbefragung über den Freihandelsvertrag TTIP aus.

Da die Ablehnung des TTIP Vertrages sehr hoch ist und man davon ausgehen kann, dass eine qualifizierte Mehrheit in der Bevölkerung diesen auch nach diversen Nachbesserungen ablehnt, wäre es daher sinnvoll, in einer Volksbefragung eindeutig festzustellen, dass TTIP für Österreich nicht in Frage kommt.

Umweltorganisationen und auch die AK Wien haben in ihren Aussendungen und Stellungnahmen wiederholt auf die vielen Probleme bei diesem Abkommen hingewiesen. Da der volkswirtschaftliche Nutzen in keinem Verhältnis steht zu den immensen Nachteilen für einen Großteil der österreichischen Bevölkerung, aber auch speziell der ArbeitnehmerInnen, sollten eigentlich die Verhandlungen sofort abgebrochen werden.

Eine Volksbefragung würde für eine Ablehnung des Vertrages dem Parlament eine bessere demokratische Grundlage geben.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 2

Umfassende Deklaration über Herkunft und Verarbeitung bei verarbeiteten Fleischwaren wie z. B. Wurst:

Die AK Wien spricht sich für die umfassende VerbraucherInnen-Information bei verarbeiteten Fleischwaren aus. Diese soll insbesondere enthalten, aus welchem Land die Tiere stammen, welche Tierhaltung angewandt wurde, und wo und wie sie verarbeitet wurden.

Derzeit muss nur bei nicht verarbeitetem Fleisch deklariert werden, aus welchem Land es stammt. Bei allen verarbeiteten Fleischwaren wie z. B. Wurst ist das derzeit noch nicht vorgeschrieben.

Nun ist es aber für KonsumentInnen wichtig zu wissen, wo und unter welchen Bedingungen die Tiere gezüchtet wurden, und wo und unter welchen Bedingungen diese Produkte verarbeitet wurden.

Wenn z.B. Pferdefleisch aus antibiotika- und medikamentenverseuchten Rennpferden aus dem Ausland nach Österreich importiert wird, und dann zusammen mit Fleisch aus Österreich in Österreich eine Wurst fabriziert wird, so kann diese Wurst als „Österreichisches Produkt“ deklariert werden, da die überwiegende Wertschöpfung in Österreich stattfand.

Ohne eine genaue Deklaration aller Zutaten kann hier immer wieder problematisches Fleisch einem deklariert österreichischen Produkt zugemischt werden, was de facto eine Irreführung der KonsumentInnen ist.

Da es auch seitens der EU eine Empfehlung gibt, die Fleischzutaten in verarbeiteten Fleischprodukten zu deklarieren, sollte Österreich hier nicht länger auf eine EU-weite Regelung warten und bereits jetzt als Vorreiter diese Deklarationspflicht in Österreich einführen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 3

Allergiekennzeichnungspflicht um Glutamat und Hefe-Extrakt erweitern

Die AK Wien spricht sich für die Aufnahme von industriell erzeugtem Glutamat (E620-625) sowie Hefe-Extrakt in die Allergiekennzeichnung bei Lebensmitteln aus.

Die Allergenkennzeichnungsvorschrift ist zwar begrüßenswert und berechtigt, sie ist aber noch nicht vollständig. Es gibt Personen, die auf Glutamatverbindungen, wenngleich zwar nicht im streng immunologischen Sinne „allergisch“, so doch zumindest sensibel im Sinne einer manifesten Unverträglichkeitsreaktion mit gravierenden Symptomen (z.B. Tachycardie, Übelkeit, Kopfschmerzen, Atemnot, etc.) reagieren.

Die Anzahl der Menschen, die beim auswärtigen Essen besonders auf eine Vermeidung von zugesetzten künstlichen Glutamatverbindungen achten müssen oder wollen ist nach der klinischen Empirie mindestens so hoch wie die Zahl der Betroffenen aller sonstigen Allergene zusammen. Viele der an Migräne leidenden PatientInnen haben also großes Interesse daran zu wissen, ob ihrer Nahrung künstlich glutamathaltige Verbindungen zugesetzt wurden. Glutamat zu vermeiden ist auch besonders empfohlen für Menschen, die Gewicht reduzieren wollen. Ebenfalls wichtig ist dies auch für (Klein-)Kinder - geschmacksverstärkende Zusätze sind aus berechtigten Gründen bei Babynahrung strikt verboten.

Warum eine so wesentliche Gruppe derartig benachteiligend „übersehen“ wurde, ist mit ernsthaft vertretenem Konsumentenschutz nicht vereinbar. Die Menge des enthaltenen zusätzlich zugesetzten Glutamats, der glutamathaltigen Verbindungen oder des Hefeextrakts ist dabei unerheblich, auch die anderen Allergene müssen keinen bestimmten Grenzwert erfüllen um in die Kennzeichnungspflicht zu fallen. Es sollte den KonsumentInnen lediglich zumindest ersichtlich werden, ob abgesehen des in den unverarbeiteten Grundprodukten der Zutatenliste (Tomaten, Käse, Fleisch etc.) natürlicherweise enthaltenen Glutamats zusätzlich noch künstliche Glutamatverbindungen (sog. „Geschmacksverstärker“) oder glutamatangereicherte Lebensmittelkonzentrate (Hefeextrakt) im Endprodukt, in welcher Menge auch immer, enthalten sind.

Daher sollte umgehend die Allergenkennzeichnung um einen weiteren Buchstaben für zusätzlich zugesetzte glutamathaltige Verbindungen erweitert werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 4

Kinder-Impfstoffe ohne Aluminium

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für eine Erforschung von Impfstoffen für Kinder durch die öffentliche Hand aus. Ziel ist es den Eltern bei Impfstoffen im Kinderimpfprogramm die Wahl einer Alternative zu ermöglichen, welche kein Aluminium, keine Schwermetallverbindungen und keine sonstige Zusatzstoffe enthält, deren biologische Unbedenklichkeit noch nicht als abschließend sicher erwiesen wurde.

Impfprogramme haben historisch gesehen einen großen Beitrag zur Bekämpfung von gefährlichen Infektionskrankheiten geleistet und sind als gesundheitspräventive Maßnahme auch fest im Vorsorgeprogramm für Kinder (Mutter-Kind-Pass) verankert. Noch vor 50 Jahren gab es z.B. auch in Europa noch Fälle von Poliomyelitis (Kinderlähmung), welche bei den überlebenden Betroffenen schweres Leid und bleibende neurologische Beeinträchtigungen hervorriefen. Diese Krankheit konnte zwar durch Hygienemaßnahmen eingedämmt werden, jedoch nur durch konsequentes Durchimpfen NAHEZU aller KINDER vollständig in unseren Breiten ausgerottet werden.

In anderen Gegenden der Welt kommt es hingegen, besonders in Zeiten humanitärer Krisen und waffengezogener Konflikte, immer wieder zu Ausbrüchen längst überwunden geglaubter Krankheiten, wie zum Beispiele in Syrien. Aufgrund der weltweiten Migration ist dies keineswegs nur ein Problem der "Entwicklungsländer" und "Krisengebiete", denn binnen 24 Stunden ist nahezu jeder Ort auf der Welt erreichbar und Infektionskrankheiten können sich unbemerkt innerhalb ihrer oftmals viel länger dauernden Inkubationszeit weltweit ungehemmt verbreiten.

Besonders Erkrankungen wie Polio oder auch Masern, bei denen der Mensch das einzige Erregerreservoir darstellt, könnten bei geeigneten Impfprogrammen komplett ausgerottet werden und somit ein für alle mal Geschichte werden. Leider reicht es dazu nicht aus, die Verantwortung auf "die anderen" abzuschieben, denn jede/r, auch hier in Europa, kann Teil der Infektionskette werden.

Dennoch gibt es in Europa immer mehr Eltern, die ihre Kinder nicht impfen lassen möchten, da sie befürchten ihnen mit einer Impfung im sehr jungem Alter mehr Schaden zuzufügen als sie bei der hierzulande als gering angesehenen Infektionswahrscheinlichkeit in Kauf zu nehmen bereit

sind. Hier durch die Bank von unwissenschaftlichen esoterischen Theorien anhängenden Impfmuffeln zu sprechen verschärft nur die Fronten und dient keineswegs der Sache. Die Bedenken der Eltern speisen sich zum Teil aus Unwissenheit und Ängsten, deren Aufklärung es der geduldrigen Ärzteschaft bedarf. Zum Teil sind diese Bedenken aber auch aus schulmedizinischer Sicht nicht ganz von der Hand zu weisen, denn jeder Impfstoff enthält, neben dem notwendigen die Immunität induzierenden Antigenbestandteil, auch eine Reihe an produktionstechnischen Zusatzstoffen, die von weltweit notierten Pharmafirmen größtenteils als alternativlos notwendig dargestellt und in weiterer Folge unhinterfragt angewendet werden - und das, obwohl weder die Unbedenklichkeit noch die Alternativlosigkeit jemals wissenschaftlich bestätigt wurden.

Viele dieser Zusatzstoffe dienen dabei entweder der günstigeren Produktion (z.B. alzheimerverdächtige Aluminiumsalze als Wirkverstärker, das sog Adjuvans, anstatt mehr der teureren Antigenkomponente zu verwenden) oder dem einfacheren logistischen Handling (z.B. Konservierungsstoffe auf Formaldehyd-Basis) und dienen somit hauptsächlich der Vergrößerung der Gewinnspanne der Unternehmen und nicht primär den Gesundheitsinteressen der Impflinge.

Der nun folgende Vergleich zu den Praktiken der Lebensmittelkonzerne mag dem medizinischen Laien die Problematik vielleicht etwas näher bringen, und ist, da es sich in beiden Bereichen um in großen Mengen herzustellende organische, sprich proteinbasierende Produkte handelt, auch durchaus zulässig: Man kann einem Himbeerjoghurt z.B. für den gleichen Effekt etwas mehr an teuren Himbeeren beifügen, oder aber (billigere) verstärkende "Aromen". Man kann durch gute Logistik und bedarfsgerechte Produktion frische Produkte verkaufen, oder aber durch Konservierungsmittel haltbar gemachte.

In beiden Fällen kann der Preis für den Konsumenten etwas günstiger werden, muss es jedoch nicht. In vielen Fällen ist der Preis im Verkauf nahezu der Selbe. Die größeren Gewinne werden von den Konzernen gerne eingesteckt und vermehrt in Werbung, oder wie im Fall von den Impfstoffen, auch in Lobbying für Aufnahme einer neuen Impfung in nationale Impfprogramme re-investiert.

Während bei Joghurt und Co die KonsumentInnen bei entsprechender Informiertheit jedoch sehr wohl die Wahl haben, was sie zu schlucken bereit sind und ob es ihnen wert ist für pur und bio unter Umständen auch etwas mehr auszugeben, ist das bei Impfstoffen keineswegs der Fall. Es gibt keinerlei Wahlmöglichkeit einer besseren Alternative, da die Gesetze des Marktes bei den monopolisierten Pharmakonzernen nicht wirksam werden.

Während in den Anfängen der Impfstofftechnologie und Entwicklung die Universitäten sehr wohl forschersich tätig waren, ist dies nun längst nicht mehr nennenswert der Fall. Dieser wichtige Bereich der gesundheitsbezogenen Daseinsvorsorge ist komplett in der Hand wirtschaftlich geleiteter pharmazeutischer Aktienkonzerne.

Während der Himbeerjoghurtliebhaber bei nicht entsprechend qualitativem Angebot auch ohne Bedenken für seine oder die Gesundheit seiner Kinder aufs Joghurt verzichten kann, ist dies bei den „Impfverweigerern“ nicht der Fall. Von den Vorwürfen der Asozialität oder Ausschluss aus Kindergärten wird der Joghurtverweigerer wohl auch nicht betroffen sein. Umso wichtiger dass die öffentliche Hand sich im Bereich der Impfstoffproduktion ihrer Verantwortung bewusst wird, und den so wichtigen Bereich der Forschung wieder forciert selbst betreibt.

Aus biotechnologischer Sicht gibt es keinen vernünftigen Grund warum die derzeitige Herstellungsweise der Impfstoffe die einzig mögliche sein sollte, wie es oft von Konzernseite propagiert wird. Lange Zeit galten auch die Quecksilberverbindungen in den Impfstoffen als produktionstechnisch unentbehrlich, erst der Druck durch die Eltern, Ärztinnen und Ärzte und die breite Öffentlichkeit ermöglichte es, dass dieses Schwermetall zumindest in Kinderimpfungen keine Verwendung mehr findet.

Besonders bei den im präventivmedizinischen Gesundheitsprogramm empfohlenen und auch steuergedeckt kostenfreien Kinderimpfungen sollte der Staat auf eigene Forschungsinitiative tätig werden anstatt hier weiterhin zurückzuschrecken und multinationale Konzerne in ihren Gewinnen mit der Gesundheit der kommenden Generation zu subventionieren.

Bei Babynahrung ist ein weitgehend biologischer Anbau der Ausgangsprodukte und eine jedenfalls zusatzstofffreie Erzeugung schon längst mitteleuropäischer Standard, warum nicht auch bei Impfungen, die direkt in den Körper eingebracht werden und Zusatzstoffe wie Aluminiumverbindungen somit auch ungefiltert in Blutbahn und Nervensystem gelangen können? Noch dazu wo die schützenden Zellverbindungen der Blut-Hirn-Schranke insbesondere bei Kindern unter einem Jahr noch nicht voll ausgebildet ist?

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich daher im Sinne der Wahlfreiheit der KonsumentInnen und im Sinne der nachhaltigen Verwendung der Steuergelder ihrer Mitglieder für eine verstärkte Einbindung der Universitäten in der Impfstofftechnologieforschung aus, mit dem langfristig festgeschriebenen Ziel der Entwicklung schadstoff- und zusatzstofffreier Impfstoffalternativen für die im Kinderimpfprogramm erfassten Infektionskrankheiten aus.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 5

Meldedatenabfrage für ArbeitnehmerInnen

Die AK Wien spricht sich für die Errichtung einer Datenbank aus, wo ArbeitnehmerInnen ihre Meldedaten über ihre Beschäftigungsverhältnisse per Internet jederzeit bequem abrufen können.

Die Anmeldung der ArbeitnehmerInnen bei der Sozialversicherung erfolgt durch den Dienstgeber/die Dienstgeberin. Der Dienstnehmer/die Dienstnehmerin hat daher keine unmittelbare Kontrolle, ob, wann und unter welchen Bedingungen (Vollzeit oder Teilzeit) er/sie angemeldet wurde. Er/Sie ist dabei auf die Informationen vom Dienstgeber/von der Dienstgeberin bzw. auf eigene Aufzeichnungen angewiesen, die aber mit den Meldedaten des Dienstgebers/der Dienstgeberin nicht übereinstimmen müssen.

Entdeckt dann der Arbeitnehmer/die Arbeitnehmerin im Zuge der Pensionseinreichung, dass ihm/ihr durch unterbliebene Anmeldungen des Dienstgebers/der Dienstgeberin Versicherungszeiten fehlen, oder aber dass zuwenig an Sozialabgaben durch den Dienstgeber/die Dienstgeberin geleistet wurden, was aber in weiterer Folge die Pensionshöhe des/der DN verringert, so kann er/sie diese Ansprüche hinterher nicht mehr geltend machen. Nur wenn der/die DN eine formlose Einsicht in seine/ihre Versicherungsdaten und Anstellungsdaten hat, kann er/sie diese laufend auf ihre Richtigkeit kontrollieren.

Es sollten also nicht nur die die Daten aus dem aktuellen Dienstverhältnis, sondern auch die Daten aus früheren Dienstverhältnissen chronologisch abrufbar für den/die DN sein.

Der formlose schnelle Zugang zu den eigenen Daten über das Internet wäre hierbei sehr hilfreich. Solch eine Datenbank wäre aber auch für die Wirtschaftspolizei beim Ermitteln von Sozialbetrug wichtig und hilfreich.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 6

ARA Sammelsystem

Die AK Wien spricht sich für eine bessere Recycling-Quote beim ARA Müllsammelsystem aus

Das ARA Abfallsammelsystem muss gewinnbringend oder zumindest kostendeckend arbeiten. Daraus resultiert ein Konflikt zwischen Rentabilität und Umweltwirksamkeit.

Dies zeigt sich z. B. ganz deutlich bei der Kunststoffsammlung. Hier kann man in die Kunststoffsammlerboxen nur Plastikflaschen einwerfen, nicht aber Kunststofffolien und Kunststofftassen, wie sie z.B. zum Verpacken von Gemüse verwendet werden. Auch Kunststoffnetze (z. B. zum Verpacken von Zwiebel oder Orangen) können hier nicht recycelt werden. Es geht also ein großer Teil an Kunststoff, der noch wiederverwertet werden könnte, in den Restmüll und wird dort verbrannt.

Besser und umweltfreundlicher wäre es aber, den gesamten anfallenden Kunststoff in einer Tonne zu sammeln und dann erst hinterher zu trennen. Das Argument, dass eine Kunststofftrennung ein zusätzlicher Arbeitsschritt ist, der zusätzlich etwas kostet und zusätzliche Arbeitsplätze erfordert, ist eher ein Argument für das Sammeln des gesamten Kunststoffmülls. Neben dem erhöhten Nutzen für die Umwelt entstehen hier noch zusätzliche Arbeitsplätze, die in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit dringend benötigt werden.

Ein weiterer Vorteil bei diesen Arbeitsplätzen wäre, dass hier auch geringer qualifizierte Menschen Arbeit finden könnten. Man kann diese Personen in einem staatlichen Sammelsystem trotzdem fair entlohnen, auch wenn das System leicht defizitär ist. Nicht der finanzielle Gewinn, sondern der Gewinn für die Umwelt muss hier im Vordergrund stehen.

Ähnlich ist die Situation bei der Metallsammlung, hier können auch Dosen gesammelt und wiederverwertet werden, andere Metallteile wie Nägel, Schrauben, alte Metalltöpfe etc. darf man nicht einwerfen.

Kurz und gut, die ARA Sammlung optimiert die Sammlung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nach maximaler Wiederverwertbarkeit der Rohstoffe.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 7

Convenienceprodukte im Gastronomiebereich

Die AK Wien spricht sich für die verpflichtende Deklaration und Kennzeichnung von Convenienceprodukten in der gehobenen Gastronomie aus.

Convenienceprodukte (Fertigprodukte oder Halbfertigprodukte) sind in der Lebensmittelindustrie allgegenwärtig. Ob es nun das Kartoffelpüreepulver, die Tubenmayonnaise oder die sogenannte Packerlsuppe ist, man findet in fast jeden Lebensmittelbereich Fertig- oder Halbfertigprodukte.

Diese sind allerdings nicht so schmackhaft wie frisch zubereitende Speisen. Außerdem enthalten sie meist auch noch Konservierungsmittel und Geschmacksverstärker etc., wodurch sie auch nicht so hochwertig und gesund sind wie frisch zubereitete Speisen.

Da diese industriell gefertigte Nahrung aber den KonsumentInnen Zeit beim Kochen erspart und die Bevorratung aufgrund der Konservierungsmittel einfacher ist als bei Frischlebensmitteln, wird diese Form der Nahrung immer beliebter und hat in einem gewissen Anwendungsbereich auch seine Vorteile und Berechtigung. Auch die gesundheitsschädliche Wirkung ist nicht so gravierend bzw. auch nicht bekannt, so dass diese bei der Kaufentscheidung der KonsumentInnen nicht ins Gewicht fällt.

Leider haben sich aber auch in der Gastronomie derartige Produkte durchgesetzt. Wenn die KonsumentInnen bei Billigspeisen das mehr oder weniger in Kauf nehmen, ist das zwar aus KonsumentInnenschutzsicht zumindest bedenklich, wenn aber solche Produkte in der gehobenen Gastronomie verwendet werden, wo mit Recht eine gute Qualität erwartet wird, ist das zumindest eine Irreführung der KonsumentInnen. Denn hier darf der Gast erwarten, dass in feinen Restaurants alle Speisen frisch und in guter Qualität zubereitet werden, und er nicht mit „Packerlfutter“ abgespeist wird.

Daher sollte die Verwendung von Fertigprodukten (Art und Anwendung) ab 10 Euro pro Tellergericht auf der Speisekarte ausgewiesen werden.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 8

Mehr öffentlichen Raum gratis und besser nutzbar machen

Die AK Wien spricht sich für den Ausbau und die Verbesserung des gratis benutzbaren öffentlichen Raumes aus. Im Speziellen sollte hier einerseits das Sportangebot (ev. durch Sportgeräte) verbessert werden, andererseits wären öffentliche Sitz- und Liegegelegenheiten (Bänke, Enzis, Liegen, etc.) sowie deren Auflistung im Stadtplan Wien wünschenswert.

Öffentlicher Raum muss heute eine Vielzahl an Bedürfnissen abdecken. In der Vergangenheit wurde das hauptsächliche Augenmerk dabei auf den Verkehr gerichtet. Die Anforderungen an den öffentlichen Raum in der Stadt verändern sich. Offenbar sind die Verantwortlichen aber dabei umzudenken und auch an andere Bedürfnisse wie den (vielfältigen Fußgänger-, Fahrrad und Auto-)Verkehr zu denken.

Positiv muss erwähnt werden, das Wien seinen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie seinen Gästen eine Vielzahl an gratis benutzbaren öffentlichen Räumen (z.B. Parkanlagen, Spiel- und Outdoor-Sportplätze, Hundezonen etc.) bietet. Kostenlos zu nutzende Sportplätze (wie z.B. den wirklich gelungenen Motorikpark im 22. Bezirk) sind dabei nur ein Teil der wünschenswerten Einrichtungen, wobei oftmals die Qualität z.B. des „Sportanlagen“ genannten öffentlichen Raumes oftmals zu wünschen übrig lässt. Meist bestehen diese nur aus als so bezeichnetem „polysportiven Rasenplatz“ (also vermutlich Rasen, den man betreten darf).

Auch ist zuwenig bekannt, dass viele Informationen über diverse öffentliche Räume leicht über den im Internet von der Stadt Wien angebotenen Stadtplan abgerufen werden können. Und speziell an der neu als App angebotenen Fußwegekarte Wien (die immerhin € 580.000,- gekostet hat) muss Kritik geübt werden: hier sind nicht einmal alle gratis benutzbaren öffentlichen Räume abzurufen. Da ist die bisherige Version im erw. Stadtplan Wien noch besser zu verwenden. Und es lassen sich nicht einmal frei benutzbare Sitzgelegenheiten abrufen (weder im herkömmlichen Internet-Stadtplan noch in der neuen App).

Gerade an den attraktivsten Plätzen der Stadt kann man meist nicht gratis verweilen, sondern diese werden oft gastronomisch „verwertet“. Zumindest kann man viele einladende Plätze nur unter Konsumzwang genießen. Öffentlichen Raum für Alle mit Sitzgelegenheiten und Kommunikationsmöglichkeiten vorzufinden wäre nicht nur in den Fußgängerzonen und Parks und nicht nur für Seniorinnen/Senioren oder Touristen/Touristinnen wünschenswert.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 9

Konsumentenschutz: Glyphosat

Die AK Wien fordert ein Verbot der Verwendung von Glyphosat sowohl im privaten Gebrauch wie auch in der Landwirtschaft. Weiters sollten die Methoden der EU zur Ermittlung des gesundheitlichen Risikos von Pestiziden und deren Rückständen definiert werden.

Glyphosat ist der Hauptwirkstoff im umstrittenen Unkrautvernichtungsmittel Round Up der U.S. amerikanischen Firma Monsanto. Es ist vergleichsweise kostengünstig, wasserlöslich und wird stark vom Boden absorbiert. Es kann in der Landwirtschaft zu drei verschiedenen Zeitpunkten verwendet werden: Vor der Ernte (zur berechenbaren Abreifung und Austrocknung von Getreide, zwischen Ernte der Winterfrucht und Aussaat der Sommerfrucht (um den Durchwuchs und Unkräuter zu verhindern), und um die Aussaat herum (ebenfalls um das Aufkommen von Unkräutern zu verhindern).

Das deutsche Bundesamt für Risikobewertung hat im Auftrag der EU (EU-Wirkstoffprüfung für Pestizide) im Jahr 2014 keine Hinweise auf eine krebserzeugende, reproduktions-schädigende oder fruchtschädigende Wirkung gefunden.

Demgegenüber hat die Internationale Agentur für Krebsforschung der WHO erst im März 2015 dieses weltweit am häufigsten eingesetzte Pestizid als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Expertinnen und Experten warnen schon seit Jahren vor der Gefährlichkeit dieses Pestizides, nicht ohne den Hintergrund vieler Studien.

Aufgrund dieser Diskrepanzen erscheint es nötig, die Methoden der EU zur Ermittlung des gesundheitlichen Risikos von Pestiziden und deren Rückständen neu zu definieren.

Konsumentinnen und Konsumenten werden bei Erwerb dieses Pestizides nicht darauf hingewiesen, dass es sich um eine „wahrscheinlich krebserregende“ Substanz handelt. Es liegt die Vermutung nahe, dass (nach mittlerweile jahrzehntelanger Anwendung in der Landwirtschaft) auch die Landwirtinnen und Landwirte nicht über die neue Einstufung der Internationalen Agentur für Krebsforschung der WHO Bescheid wissen.

Zum Schutz der privaten Anwenderinnen und Anwender, der Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Landwirtinnen und Landwirte vor diesem „wahrscheinlich krebserregenden“ Pestizid erscheint ein rasches Verbot von Glyphosat dringend nötig.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 10

Elektroautos Parkgebühr

Die AK Wien spricht sich für eine Befreiung der Kurzparkgebühr für Elektroautos in Wien aus.

Der Anteil an umweltfreundlichen Elektroautos in Wien ist immer noch sehr gering und sollte möglichst rasch gesteigert werden.

Der Nutzen für die Stadt liegt auf der Hand. Elektroautos verursachen keinen Lärm und produzieren keine Abgase im städtischen Bereich. Der Nutzen für die AutobesitzerInnen in Form geringerer Treibmittelkosten wird durch den hohen Anschaffungspreis des Elektroautos mehr als kompensiert.

Es fehlt daher an zusätzlichen Anreizen um private AutobesitzerInnen zum Umstieg auf Elektroautos zu bewegen. Wenn es gelänge, die derzeitigen Abgas-emittierenden Fahrzeuge durch Elektroautos zu ersetzen, würde das die Lebensqualität der BewohnerInnen erheblich verbessern. Hier sollte man sich auch viele kleine für den Staat nicht so kostenintensive Maßnahmen überlegen.

Eines dieser kleinen „Zuckerl“ für Elektroauto-BesitzerInnen wäre z.B. der Entfall der Kurzparkgebühr in Kurzparkzonen für Elektroautos. Derzeit ist es möglich z. B. mit einem 15 min Parkschein vom Magistrat der Stadt Wien für 15 min gratis zu parken. Man füllt anstelle des kostenpflichtigen Kurzparkscheines einen 15min Gratisparkschein aus.

Analog dazu könnte man die Parkzeit bei Elektroautos handhaben. Mit einem „e-car Pickerl“ das die Magistratsabteilung an private Elektroautobesitzer ausgibt, und das der Autofahrer ähnlich wie bei der Autobahnvignette an der Windschutzscheibe anbringt, wird für die Straßenaufsichtsorgane der Gemeinde Wien (vulgo „Parksherriffs“) ersichtlich, dass es sich um ein Elektroauto handelt, das gebührenbefreit ist. Es genügt dann, dass der Autofahrer den Beginn der Parkzeit mittels Parkuhr oder Gratisparkzettel dokumentiert. Das Überziehen der Kurzparkzeit wird dann analog wie bei den herkömmlichen Kurzparkscheinen sanktioniert. Damit kann verhindert werden, dass Elektroautos zu Dauerparkern in der Kurzparkzone werden.

Vielleicht gelingt es durch viele solcher kleinen Einzelmaßnahmen den Elektroautobestand in Wien zu erhöhen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 11

Männer in Sozialberufen

Die AK Wien spricht sich für eine Erhöhung des Anteils an männlichem Personal in Sozialberufen, insbesondere in Einrichtungen der primären Bildungsarbeit (Kindergärten) durch gezielte Werbe- und Fördermaßnahmen aus.

In der heutigen Zeit gibt es zunehmend alleinerziehende Mütter, daher ist es besonders wichtig im Bildungs- und Erziehungsbereich männliche Pädagogen einzusetzen, um eine geschlechtergerechte Erziehung mit passenden Rollenvorbildern überhaupt erst zu ermöglichen.

Leider zieht sich dieses „Fehlen der Männer“ aber auch im Bildungs- und Sozialwesen fort. Das ist für Buben und Mädchen gleichermaßen problematisch, denn das Vorhandensein von Bezugspersonen beiderlei Geschlechtes ist in der Entwicklung eines jeden Kindes außerordentlich wichtig. Familienverhältnisse inklusive eigener sexueller Orientierung oder auch nach Trennungen abwesende Väter sind etwas, das sich nicht immer so frei aussuchen lässt, wie frau sich das für ihre Kinder wünschen würde.

In welches Betreuungsverhältnis man sein Kind aber anvertraut ist nicht starr vorgegeben. Hier sollte durchaus eine, wenn dies gewünscht ist, kompensatorische Wahlmöglichkeit gegeben sein. Leider ist gerade in den staatlichen Institutionen der frühen prägenden Jahre (Kindergarten und Volksschule) nicht nur eine aliquote Vertretung der Geschlechter seit jeher scheinbar in Stein gemeißelte Utopie, sondern vielmehr gibt es in vielen Häusern sogar keinen einzigen männlichen Pädagogen.

Jede/r der/die schon einmal im Bereich der Bildung und Erziehung als Pädagogin tätig war, kann bestätigen wie positiv das Arbeiten in gemischtgeschlechtlichen Teams sich auf die Kinder auswirkt, wie bereichernd somit der Input männlicher Pädagogen in einem Haus ist und wie stark auch von den Eltern die Anwesenheit männlicher Kindergärtner und Volksschullehrer nachgefragt wird - ein Wunsch, dem in der Gruppen- und Klassenzuteilung aufgrund mangelnden männlichen Personals nicht immer entsprochen werden kann.

Es sollten daher vermehrt Kampagnen für Burschen vermarktet werden, die Sozialberufe in Bildung, Erziehung und Pflege attraktiver machen, wie sie bereits für Mädchen in Technikberufen (sog. MINT Fächer in der Studienwahl) bereits existieren.

Auch der WAFF unterstützt und fördert besonders Frauen in der Berufswelt und auch in der Bildungsarbeit mit Weiterbildungs- und Aufbaulehrgängen zu den momentan sehr stark nachgefragten Sozialberufen. Es sollte nun darüber hinausgehend ein vergleichbares Förderprogramm implementiert werden, welches gezielt Männer anspricht und auch mit finanzieller Hilfestellung unterstützt - und somit Männer fördert, vermehrt Sozialberufe als Erstberuf zu ergreifen oder im zweiten Bildungsweg neu zu erlernen. Eine zu diesen Maßnahmen begleitende breitenwirksame Kampagnisierung ist zusätzlich notwendig, um eine gesellschaftliche Abkehr von tradierten Rollenklischees in der Berufswahl zu erwirken ist auch bei den Burschen eine Frage der (Gender-)Gerechtigkeit. Warum sollten die persönlich als oft sehr erfüllenden Berufswege in der Frühpädagogik und anderen Sozialberufen aufgrund bestehender gedanklicher Hürden nahezu nur Frauen offen stehen? Eine verpflichtende Männerquote in sozialen Einrichtungen (beginnend bei 5% und jährlich um einige Prozentpunkte steigend) könnte ebenfalls angedacht werden.

Die AK Wien spricht sich daher für eine Erhöhung des Anteils an männlichem Personal in Sozialberufen, insbesondere in Einrichtungen der primären Bildungsarbeit (Kindergärten) durch Implementierung gezielter Werbe- und Fördermaßnahmen aus.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 12

Radstellplätze in Wien

Die AK Wien spricht sich für ein stark vermehrtes Angebot an Radabstellplätzen in Wien aus, insbesondere an für RadfahrerInnen strategisch günstigen Stellen wie z.B. vor Geschäften oder an Haltestellen von öffentlichen Verkehrsmitteln.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass ein Radfahrer/eine RadfahrerIn viel weniger Stellfläche für sein/ihr Fahrzeug benötigt als ein Autofahrer/eine Autofahrerin. Auf einem Abstellplatz von einem Auto könnten 4-5 Radstellplätze errichtet werden, der Radfahrer/die RadfahrerIn benötigt also nur ¼ des Parkraumes.

Das Argument dass das Auto, wenn es 4-5 mal soviel Parkfläche benötigt, aber auch 4-5 Personen befördern kann ist deshalb nicht stichhaltig, da im Auto bei jedem Transport durchschnittlich weitaus weniger als 5 Personen befördert werden, in der Praxis meist nicht einmal 2 Personen.

Um Chancengleichheit in der Parkplatzfrage herzustellen müsste genaugenommen jeder vierte Autoparkplatz in 4 Radabstellplätze umgewandelt werden. Eine solche Forderung ist derzeit nicht realistisch und umsetzbar, aber es zeigt, dass hier ein starker Nachholbedarf an Radstellplätzen besteht.

Um das Radfahren attraktiver zu machen sollte aber die Zahl der Radabstellplätze zumindest an für RadfahrerInnen strategisch wichtigen Stellen (wie z.B. bei im Stationsbereich von öffentlichen Verkehrsmitteln oder bei Geschäftslokalen wie z.B. Bioläden, Fahrradgeschäften etc.) stark erhöht werden.

Längerfristiges Ziel sollten dann auch überdachte und diebstahlgesicherte Abstellplätze sein.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 13

Jugendschutz beim Kauf von Tabakprodukten

Die AK Wien spricht sich für eine Anhebung der Altersgrenze für den Kauf und Konsumation von Tabakprodukten auf das 18. Lebensjahr aus.

Jugendliche sind zugunsten „szenetypisch“ empfundenen Verhaltens leicht beeinflussbar, oftmals nehmen sie für das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Peergroup auch schwerwiegende Gesundheitsgefahren leichtfertig in Kauf, da sie als weit entfernt angesehen werden. Sie leben im „Hier und Jetzt“, der unmittelbare vermeintliche Nutzen überwiegt gegenüber den mittelbaren negativen Spätfolgen.

Der Bestand, dass dies auch noch gesetzlich gedeckt ist, somit „so schlimm ja nicht sein kann“ führt zusätzlich zu Erklärungsnot bei in der Jugendarbeit tätigen Personen, denn warum sollte man gegen den Gruppendruck etwas unterlassen, was ja nicht einmal dem als in sonstigen Belangen oftmals als überstreng empfundenen Jugendschutz ein Dorn im Auge ist? Für die Ausnahmeregelung bei den Ausgehzeiten ist erwachsene Begleitung bis zum 18. Lebensjahr erforderlich, auch die Benützung von Solarien ist erst ab 18 Jahren gestattet, ebenso Blutspenden, ins Casino gehen, Handyverträge abschließen und vieles mehr. Mit der Entscheidung zum Rauchen wird der Jugendliche hingegen alleine gelassen, mit oftmals langfristigen und später vielfach bereuten Folgen.

Denn Nikotin ist keineswegs eine harmlose Substanz, zumal Zigarettenrauch zusätzlich zum Nervengift Nikotin noch ca. 5000 andere gesundheitsschädliche chemische Verbindungen enthält, z.B. die erwiesenen karzinogenen Substanzen Benzpyren und Blausäure.

In Österreich sind von ca. 2,3 Millionen RaucherInnen 850.000 stark abhängig, ca. 12.000 bis 14.000 Menschen jährlich kostet es das Leben. Damit fordert das Rauchen sogar mehr Todesopfer als die Volksdroge Alkohol, der sich mit „nur“ 8000 Todesopfern jährlich zu Buche schlägt (vgl. Uhl et. Al 2015) und weit mehr als alle Opiate (Heroin und dessen Abkömmlinge) zusammengenommen (200 Todesopfer jährlich).

Lange Jahre wurde in Österreich trotz vieler gegenteiliger Stimmen davor zurückgeschaut, das Alter für Erwerb und Konsum von Tabakprodukten anzuheben, mit dem Argument dass ein Verbot erst recht attraktiv machen würde und man doch lieber vermehrt auf Aufklärung setzen sollte - mit dem Erfolg, dass die Zahlen der jugendlichen Raucher und ganz besonders der jugendlichen Raucherinnen in Österreich im internationalen Vergleich weiterhin Spitzenplätze

belegen, während in Ländern wo die Altersgrenze angehoben wurde (Mehrzahl der EU Länder, z.B.: Dänemark, Frankreich, Finnland, Slowakei, Spanien, Tschechien, Deutschland, ...) Erfolge sichtbar werden und die Zahlen stetig rückläufig sind.

Laut dem Handbuch für Eltern der Österreichischen ARGE Suchtvorbeugung, gefördert aus den Mitteln des Fonds Gesundes Österreich, ist die Entscheidung „Raucher“ zu werden mehrheitlich eine Teenager-Angelegenheit. Etwa 90% der RaucherInnen beginnen vor ihrem 19. Lebensjahr zu rauchen, nach dem 25. Lebensjahr fängt hingegen fast niemand mehr an. Als Erwachsene rauchen sie dann jahrzehntelang mit allen negativen Folgen für ihre Gesundheit aus Gewohnheit weiter - eine Gewohnheit, die in der heiklen Phase des Erwachsenwerdens vor Erreichung der gesetzlichen vollen Einsichts- und Urteilsfähigkeit gesetzlich gedeckt erworben wurde. Denn Nikotin weist eine hohe Suchtpotenz auf, ähnlich dem Heroin. Einmal nikotinabhängig mit dem Rauchen wieder aufzuhören fällt dementsprechend schwer. Ziel muss es daher sein, möglichst viele Jugendliche davor zu bewahren, überhaupt erst anzufangen.

Raucher oder Raucherin wird man nicht von heute auf morgen, dazu entwickelt man sich. Besonders in der ersten Phase, der „Vorbereitungsphase“ wird die Einstellung und Haltung zum Rauchen geprägt. Hierbei ist die Wirkung des gesellschaftspolitischen Signals durch die Anhebung der Altergrenze nicht zu unterschätzen, zumal dies eine Maßnahme ist, die ohne Folgekosten einfach umgesetzt werden kann.

Auch die zweite Phase, die „Probierphase“ der ersten, oftmals aus Neugierde gerauchten Zigaretten, könnte durch eine gesetzliche Anhebung der Altersgrenze maßgeblich beeinflusst werden, denn die Verfügbarkeit von Zigaretten spielt in dieser Phase eine wesentliche Rolle.

Die Anhebung der Altersgrenze für den Kauf und Konsumation von Tabakprodukten auf 18 Jahre und somit Erreichung der Volljährigkeit ist sinnvoll, da erst dann vor dem Gesetz die volle Selbstverantwortlichkeit für eigenes Handeln und Gesundheit besteht. Nicht volljährigen Personen die volle Verantwortung über die Konsequenzen ihres gesundheitsrelevanten Handelns zu übertragen und den Jugendlichen abzuverlangen, ohne gesetzliche Rückendeckung gegen oftmals sehr ausgeprägten Gruppendruck bestehen zu müssen ist grob fahrlässig.

Beim Thema des Tragens von Schutzkleidung und UV Schutz im Bereich des Arbeitsrechtes handelt es sich immerhin um Erwachsene, die sicher auch mündig ihre Interessen vertreten könnten, aber hier ist der Druck offenbar stark genug um Schutzbedürftigkeit als gegeben und gesetzliche Regulierung als notwendig anzusehen. Dass hingegen 16jährige Lehrlinge, die an der Lehrstelle zur Zigarette greifen um dabei zu sein und dazuzugehören, bei der Abwehr eines potentiell viel schwerwiegenderen Agens alleine gelassen werden, stellt eine Lücke im österreichischen Jugendschutzgesetz dar.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 14

Top Jugend Ticket

Die AK Wien spricht sich für einen erleichterten Zugang zum Top Jugend Ticket aus. Lehrstellensuchende und andere Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in einer Bildungseinrichtung abseits des „normalen“ Bildungsweges befinden, sollen nicht zurückgelassen werden.

Das Top Jugend Ticket ist eine gute Einführung, da es Jugendlichen ermöglicht, in der ganzen Ostregion ihre Mobilität zu leben. Lehrlinge und Schüler bis 24 können dieses Ticket nutzen. Damit wird vielen Gruppen bis 24 ermöglicht, in der Ostregion mobil zu sein (Lehrlinge in Wien, NÖ und Burgenland, KrankenschülerInnen, ZahnarztassistentInnen, uvm.).

Sogar AbsolventInnen des freiwilligen Sozial- bzw. Umweltschutzjahres haben die Möglichkeit, mit einer Bestätigung an ein Top Jugend Ticket zu gelangen

Leider gibt es aber auch viele, die durch den Rost fallen, z. B. auf Lehrstellensuche befindliche Jugendliche und junge Erwachsene. Diese sind z.B. beim AMS als lehrstellensuchend gemeldet und es wäre durchaus vorstellbar, dass mit einer Bestätigung vom AMS (analog zur Bestätigung von der Schule) ein Top Jugend Ticket erworben werden kann.

Aber auch diejenigen Jugendlichen, die nicht den geraden Weg durch die Bildungsinstanzen geschafft haben und die erst über (anerkannte) Einrichtungen wie das „Sprungbrett“ oder „ASSIST“ an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen, sind vom Top Jugend Ticket ausgeschlossen. Auch hier wäre vorstellbar, dass einfach von der jeweiligen Einrichtung die Teilnahme des/der Jugendlichen bestätigt wird, um damit das Top Jugend Ticket zu lösen.

Diese Gruppen sind gezwungen teure Tickets zu lösen, was sie weiter in ihren jeweiligen Bemühungen beeinträchtigt, einen Abschluss zu machen, eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz zu finden oder am sozialen Leben einer (Jugend-) Gruppe teilzunehmen.

Gerade diesen ohnehin (aus welchen Gründen auch immer) benachteiligten Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollten keine Prügel vor die Füße geworfen werden, im Sinne von „Kein Kind zurücklassen!“

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

164. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Mai 2015

Antrag 15

Vermehrte Individualisierungen beim Zeitkartenangebot der Wiener Linien

Die AK Wien spricht sich für die Erstellung eines verstärkt auf die individuellen Bedürfnisse abstimmbaren Zeitkartenangebots bei den Wiener Linien aus, insbesondere für die Erweiterung des Angebots um ein personenbezogenes 3-Monatsticket und eine Zeitkarte, die 30 Kalendertage ab dem Entwerten umfasst.

Die zunehmend bewusste Entscheidung vieler Menschen für eine Auswahl der Verkehrsmittel in Hinblick auf den individuell besten Verkehrsmittelmix, der öffentliche Verkehrsmittel genauso umfasst wie das Fahrrad, als auch den motorisierten Individualverkehr, ist gerade in Ballungsräumen wie Wien unabdingbar für einen reibungslosen Ablauf der Mobilitätsanforderungen. Der individuell als optimal angesehene Verkehrsmittelmix ist aber, selbst bei der gleichen zurückzulegenden Strecke, oft nicht übers ganze Jahr gleich bleibend.

Witterungsbedingungen (winterliche Straßenverhältnisse), zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsortes (besonders bei projektbasierten Anstellungen, die kürzer als ein Jahr dauern), kurzfristige aber absehbar wiederkehrende gesundheitliche Beeinträchtigungen (z.B. durch Feinstaub oder asthmainduzierende Pollenbelastung in den Frühlingsmonaten bei Allergiegeplagten oder anderen Lungenerkrankungen) - es gibt viele Gründe warum man sich in manchen Jahresabschnitten eher für Bus und Bim, fürs Fahrrad oder auch ein klimaanlagengefiltertes Auto entscheiden möchte oder muss.

Daher sollten die Wiener Linien ein günstiges 3-Monatsticket ins Zeitkartenangebot aufnehmen, welches besonders kältesensible FahrradfahrerInnen in den Wintermonaten, oder ansonsten tapfer wetterfest radfahrende PollenallergikerInnen in den Frühlingsmonaten nützen könnten. Weiters sollte eine Monatskarte, die derzeit nur ab dem 1. bis zum 2. des Folgemonats gilt und zu keinem anders gewählten Monatszeitraum verfügbar ist, generell ab dem Entwerten 30 Kalendertage gelten, um ein individuelles Nutzen zu ermöglichen. Dieses Modell wird in Berlin bereits angeboten, eine Stadt die ähnliche Bedingungen in der Mobilitätsstruktur aufweist wie Wien, und wurde von den dortigen ArbeitnehmerInnen äußerst positiv aufgenommen.

Angenommen ☐	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrstimmig ☐
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------